

Rede von Chris Patten (Paris, 15. Juni 2000)

Quelle: RAPID. The Press and Communication Service of the European Commission. [ONLINE]. [Brüssel]: Die Europäische Kommission, [04.08.2000]. SPEECH/00/219. Disponible sur <http://europa.eu.int/rapid/start/welcome.htm>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_chris_patten_paris_15_juni_2000-de-89246003-3761-4681-a002-c5f66a98669d.html

Publication date: 20/10/2012

Rede von Chris Patten, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Außenbeziehungen, über die europäische Außenpolitik

Vor mehr als 40 Jahren wollte der erste Präsident der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, den Beziehungen der Kommission zu den Vertretern der Drittländer in Brüssel einen formellen Rahmen geben. Präsident de Gaulle wies ihn scharf zurecht und spottete über dieses "künstliche Land, das dem Kopf eines Technokraten entsprungen war". Ich nehme an, daß einige - nicht zuletzt in dem Land, das wir in der Kommission gemeinhin "als das Land, das ich am besten kenne" bezeichnen, diese Rede gleichfalls als einen unerlaubten Ausflug in dieses künstliche Land ansehen werden. All dies ist nicht verwunderlich. Denn die Außenpolitik berührt den Kern einer Nation. Und die Rolle der Kommission ist nach wie vor umstritten. Sofern es um Handelspolitik oder Landwirtschaft geht, wissen wir, wo wir stehen. Hier handelt die Kommission mehr oder weniger nach der brillanten Vision von Jean Monnet. Aber was genau **ist** die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Sollten die Mitgliedstaaten ihretwegen bereit sein, ihre nationalen Instinkte aufzugeben?

Diese Fragen erhielten nie eine befriedigende Antwort. Die Geschichte ist voller fehlgeschlagener Versuche, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen, die mehr ist als die Summe ihrer Bestandteile: der Plevén-Plan, der Gasperi-Plan, der Fouchet-Plan ... Mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit 1970 überlebte das Kind zumindest. Es wuchs. Aber es war eher kränklicher Natur. Nach zwanzig Jahren - 1989 - rühmte es sich, einen beeindruckenden Dschungel von Ausschüssen geschaffen zu haben; es gab wohlklingende Erklärungen ab (die in der Regel ein oder zwei Wochen zu spät kamen, um die Dinge noch beeinflussen zu können), aber - wie einige akademische Kommentatoren es jüngst beschrieben - "diese Struktur glich einem diplomatischen Spiel, das die Beamten beschäftigte, ohne daß die Parlamente oder die Presse eingebunden oder informiert wurden, von der Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Somit gelang es der EPZ nicht, eine nennenswerte Konvergenz der nationalen Haltungen zu fördern". (1)

Seitdem hat die Europäische Union begonnen, die Dinge voranzutreiben. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 wurde die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik ins Leben gerufen. Der Amsterdamer Vertrag schuf die Funktion des Hohen Vertreters, "Mr. GASP" genannt. Und auf der Tagung des Europäischen Rates in Helsinki im Dezember letzten Jahres wurden erste Schritte in Richtung einer Verteidigungspolitik getan.

Woher kommt dieser neue Schwung? Ich denke, hierfür gibt es insbesondere drei Gründe:

Erstens war das Mißverhältnis zwischen der Zeit und den Anstrengungen, die in die Politische Zusammenarbeit gesteckt wurden, und den geringen Resultaten allzu offensichtlich geworden. Während die Europäische Union mit der Erweiterung, der Vollendung des Binnenmarkts und dem Ziel einer gemeinsamen Währung in anderen Bereichen zur Reife gelangte, wurde es immer deutlicher, daß die Außenpolitik hinterherhinkte.

Zweitens veränderte der Fall der Berliner Mauer die gesamte europäische Landschaft. Wir hatten immer gewußt, wogegen wir waren. Jetzt mußten wir uns darüber klar werden, wofür wir standen. Und wir mußten in der Lage sein, etwas gegen die Instabilität an unseren Grenzen zu tun. Die Schwäche Europas wurde offenkundig, insbesondere in der demütigenden Erfahrung in Bosnien, wo "die Stunde Europas schlug" und wir weder in der Lage waren, die Kämpfe zu beenden, noch ernstzunehmende Verhandlungen durchzusetzen, bis sich die Amerikaner entschlossen einzugreifen. Die Tatsache, daß Europa danach im Kosovo-Konflikt auf die militärische Kapazität der USA angewiesen war, erzeugte eine ähnliche Dynamik. Die Mitgliedstaaten erkannten, daß sie eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchten, um dieser Situation entgegenzutreten.

Drittens hat sich die Beziehung zu den USA vielleicht verändert. Das amerikanische Engagement in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg war in fast jeder Hinsicht ein Segen. Und dennoch hat Amerika uns gespalten. Einige Europäer - dies ist aus meiner Sicht ganz verrückt - haben ihre Hingabe an die europäische Sache an ihrem Antiamerikanismus gemessen. Andere schreckten vor einer starken europäischen Außen- und vor allem Verteidigungspolitik zurück aus Furcht, die lebenswichtige transatlantische Verbindung abreißen zu lassen. Beide hatten Unrecht. Die Gefahr ist nicht ein Isolationismus der USA, sondern ihr Unilateralismus -

zuweilen gepaart mit einem Desinteresse für das, was in der Welt vorgeht. Europa wird diese Tendenz noch verstärken, wenn es nicht erkennen läßt, daß es gewillt ist, sein Schicksal mehr in die eigene Hand zu nehmen.

So haben wir denn nun unsere neue GASP. Javier Solana leitet als Hoher Vertreter auch das Ratssekretariat. Als das für Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglied habe ich gebündelte Verantwortlichkeiten, die bislang auf mehrere Kommissionsmitglieder verteilt waren. Ich möchte mich hier nicht weiter über institutionelle Regelungen auslassen, jedoch muß ich ganz kurz eine zentrale Frage ansprechen - nämlich die **Rolle der Kommission in der entstehenden Struktur der GASP.**

Unter den bedeutenden Fortschritten, die im letzten Jahrzehnt in der GASP erzielt wurden, haben die Mitgliedstaaten der Kommission nicht das alleinige Initiativrecht eingeräumt; sie haben sich nicht im allgemeinen auf Mehrheitsbeschlüsse geeinigt, und sie akzeptieren auch nicht, daß Europa "das Feld besetzt" und die nationale Handlungsfreiheit dadurch einschränkt. Es ist wichtig, dies zu verstehen, und besonders wichtig, daß die Europäische Kommission dies versteht. Die Außenpolitik bleibt primär Sache der demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten.

Genauso notwendig ist es, daß alle Mitgliedstaaten anerkennen, was alle, die die GASP-Arbeit tatsächlich machen, seit langem verstanden haben, nämlich daß ein vorwiegend intergouvernementaler Ansatz das beste Rezept für Schwäche und Mittelmaß ist, für eine europäische Außenpolitik auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Dies wird um so deutlicher werden, je mehr Mitglieder die Union aufnimmt. Die großen Mitgliedstaaten können die Mängel des intergouvernementalen Ansatzes abschwächen, indem sie eine herausragende Rolle spielen. Wie Präsident Chirac in seiner wichtigen Rede zur Außenpolitik am 30. Mai feststellte: "Einige Mitgliedstaaten können eine Rolle als Antriebskraft spielen...", um Europa eine kohärente Außenpolitik mit einem starken Profil zu geben.

Doch die Willenskraft und der Appell an gemeinsame Werte allein reichen nicht aus. Deshalb haben die Mitgliedstaaten in Maastricht und in Amsterdam beschlossen, die Gemeinschaftsmethode und den intergouvernementalen Ansatz miteinander zu verbinden. Nur so würden sie in der Lage sein, wenn schon nicht unisono, so doch zumindest mit größerer Harmonie im Chor zu singen.

Was dabei herauskam, ist längst nicht perfekt. Zum Glück arbeiten Javier Solana und ich äußerst gut zusammen - auch wenn uns die neuen institutionellen Mechanismen nicht gerade dabei behilflich sind. Die GASP befindet sich noch im Aufbau und wird in den kommenden Jahren rationeller gestaltet werden. Wichtig ist, daß die neuen Strukturen, Verfahren und Instrumente der GASP - so unvollkommen sie auch sein mögen - die Notwendigkeit anerkennen, die Stärken der Europäischen Gemeinschaft in den Dienst der Europäischen Außenpolitik zu stellen. Aus diesem Grund wird die Europäische Kommission nach dem Vertrag "in vollem Umfang an der GASP beteiligt". Wir nehmen in vollem Umfang am Entscheidungsprozeß im Rat teil, durch ein geteiltes Initiativrecht, das wir auch ausüben werden. Unsere Rolle kann und sollte auch nicht darauf beschränkt werden, die weißen Flecken in einem Muster auszufüllen, das andere entworfen haben. Es wäre absurd, die Europäische Außenpolitik von den Institutionen zu trennen, denen die Verantwortlichkeit für die meisten zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Instrumente übertragen wurde: Außenhandelspolitik einschließlich Sanktionen, europäische Auslandshilfe und die meisten externen Aspekte im Bereich Justiz und Inneres.

Was wir brauchen, ist eine vernünftige und sensible Partnerschaft zwischen den Organen der Union und den Mitgliedstaaten. Wir sollten uns nicht in Grabenkämpfen verstricken, sondern uns in einem gemeinsamen Unternehmen dafür einsetzen, daß der weltweit größte Handelsblock auch politische Präsenz zeigt.

[...]

Schließlich möchte ich, wie versprochen, einige Worte zur **Sicherheit** und zur Rolle der Kommission innerhalb der entstehenden Strukturen sagen. Die Staats- und Regierungschefs haben ihr unmittelbares Ziel ohne Umschweife genannt. Sie wollen bis zum Jahr 2003 in der Lage sein, eine Truppenstärke von 50-60 000 einzusetzen, die die gesamte Spannbreite der sogenannten Petersberg-Aufgaben ausüben können: humanitäre und Rettungsmaßnahmen, Friedenserhaltung und sogar **Friedensschaffung**. Die Franzosen

haben ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, dieses Ziel während ihres Vorsitzes mit aller Kraft voranzutreiben. Generalsekretär Solana befaßt sich eingehend sowohl mit den operationellen Aspekten, d.h. dem Aufbau von Kommando- und Kontrollstrukturen für europäische Maßnahmen, als auch mit den institutionellen Aspekten, einschließlich der Einbeziehung von Nicht-Nato-Mitgliedern der EU und Nicht-EU-Mitgliedern der Nato. All diese Arbeiten werden von mir unterstützt. Allerdings tue ich dies in vielfacher Hinsicht mehr als interessierter Beobachter, denn als aktiv Mitwirkender.

Bedeutet dies, daß sich die Kommission von dem gesamten Bereich fernhalten sollte? Einige - vielleicht auch in diesem Saal - würden dies bejahen: Militärische Fragen sind Sache der Mitgliedstaaten, und die Gemeinschaftsinstitutionen sollten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.

Dies ist aus mindestens zwei Gründen falsch:

Erstens, da die Kommission zwar in Verteidigungsfragen nichts zu sagen hat - und wir dies auch nicht anstreben -, es jedoch unmöglich ist, militärische Fragen gänzlich von damit zusammenhängenden Themen zu trennen, für die wir zuständig **sind** und zu denen wir einen echten Beitrag zu leisten haben. Militärische und nichtmilitärische Aktionen können nicht fein säuberlich in getrennte Schubladen gepackt werden und sollten es auch nicht, da sie im Interesse einer einheitlichen Strategie eng miteinander koordiniert werden müssen. Die Kommission kann beispielsweise eine politische Unterstützung bei der Abwendung eines Konflikts finanzieren, wir können die Schulung von Grenzbeamten organisieren, wenn eine unkontrollierte Masseneinwanderung Konflikte verursacht, oder wir können den Wiederaufbau von Verwaltungsstrukturen in Ländern unterstützen, die eine Krise hinter sich haben, wie es derzeit auf dem Balkan der Fall ist. Die Kommission verfügt über eine eindrucksvolle Spanne an Instrumenten und Sachkenntnissen, die in das Gesamtkonzept der EU für Krisensituationen integriert werden müssen - von Minenräumungsprojekten über Streitschlichtung bis zur Unterstützung der unabhängigen Medien. All dies bedeutet, daß wir in die tägliche Arbeit der entstehenden Sicherheitsstrukturen der EU einbezogen werden müssen. Die Kommission arbeitet derzeit mit den Mitgliedstaaten an der Festlegung nichtmilitärischer Zielvorgaben, die die militärischen Ziele ergänzen werden.

Der zweite Grund, aus dem es nicht sinnvoll ist, die entstehenden Sicherheitsstrukturen von der Kommission abzuschotten, besteht darin, daß der Handel mit und die Herstellung von Rüstungsgütern innerhalb des Binnenmarkts nicht als Sperrgebiet behandelt werden können. Der Wettbewerb zwischen Rüstungsunternehmen, die Forschung und Entwicklung, der Export von Rüstungsgütern, die internen marktwirtschaftlichen Aspekte des Handels mit Rüstungsgütern und die Dual-use-Güter, die sowohl zivilen als auch militärischen Verwendungszwecken dienen - all dies sind Bereiche, in denen der europäischen Industrie die Vorteile des Binnenmarkts nicht vorenthalten werden sollten.

In diesen Bereichen muß die Kommission mit großer Sensibilität vorgehen. Wie ich bereits ausgeführt habe, streben wir keine Rolle in Verteidigungsfragen oder in der militärischen Entscheidungsfindung an. Ich möchte jedoch für die Unteilbarkeit der europäischen Außenpolitik plädieren, die nicht auf einen Pfeiler des Vertrags begrenzt sein darf. Die Kommission muß uneingeschränkt in die gesamte GASP einbezogen werden.

Abschließend möchte ich noch folgendes hinzufügen:

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat sich in der Europäischen Union nur langsam entwickelt und steht immer noch auf tönernen Füßen, da es sich um einen Bereich handelt, in dem die Mitgliedstaaten zu Recht auf ihre nationalen Privilegien pochen. Sie sind nur innerhalb bestimmter Grenzen bereit, ihre Kapazitäten zu vereinen und entsprechende Ausgaben auf sich zu nehmen. Allerdings haben sie in den letzten Jahren begonnen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik so zu gestalten, daß sie nicht nur auf dem Papier besteht. Und sie haben erkannt, daß dabei drei Stränge miteinander verflochten werden müssen: die **nationalen** Politiken, die Politiken der **Gemeinschaft** und die **GASP** selbst (der sogenannte zweite Pfeiler). Die europäische Außenpolitik muß alle drei Elemente miteinander verbinden, und sie wird umso tragfähiger sein, je nahtloser die Verbindung ist.

Die Kommission wird bei dieser wichtigen Arbeit mitwirken. Eine GASP, die ernstgenommen werden will,

erfordert Entscheidungen, die nicht immer leicht sind. Die Kommission wird versuchen, die Mitgliedstaaten zu veranlassen, sich diesen Entscheidungen zu stellen. Dabei wird sie sich gelegentlich unbeliebt machen. Beispielsweise werden wir es den Mitgliedstaaten offen sagen, wenn wir der Ansicht sind, daß sie ein Ziel wollen, ohne die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Um hierzu in der Lage zu sein, müssen wir jedoch unsere Unabhängigkeit behalten, da sie die Stärke unserer Institution ausmacht.

Die Ansprüche der europäischen Außenpolitik sollten weit über die derzeitige Realität hinausreichen. Die GASP steckt noch in den Kinderschuhen. Wenn sie wachsen und reifen soll, braucht sie die Unterstützung beider Eltern: der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane. Und ein Kind ist - wie jeder Psychologe Ihnen bestätigen wird - glücklicher und gesünder, wenn die Eltern sich gut verstehen.

(1) Anthony Forster und William Wallace : Policy-making in the European Union. 4th ed. OUP 2000.